

terfeld, Lauchhammer - sowie mit der Reduzierung der Braunkohleförderung bis zum Jahre 2000 auf 150 Mio t pro Jahr, wird es zur Massenarbeitslosigkeit kommen. Wie sieht das Programm aus, das den Arbeitern in Espenhain, Bitterfeld, Cottbus und Lauchhammer die Arbeit sichert?

Prof. Dr. Steinberg, Minister für Umwelt, Naturschutz, Energie und Reaktorsicherheit:

Das flankierende sozialpolitische Programm zum Beschluß über die Stilllegung der karbochemischen Produktionsanlagen sieht zunächst einen Weiterbetrieb des Kraftwerks und auch der Brikettfabrik in Espenhain bis etwa Mitte der 90er Jahre vor, um eine Auslaufkurve für die Arbeitskräfte dort und auch zur Sicherung von Umschulungsmaßnahmen zu ermöglichen. Für die Umschulung und Qualifizierung werden aus dem Staatshaushalt 145 Mio M zur Verfügung gestellt.

Das waren die erste und die zweite Maßnahme. Drittens wird die Bauabteilung des Braunkohleveredlungswerkes Espenhain zu einem leistungsfähigen Baubetrieb - in diesem Raum südlich von Leipzig ein besonders großer Engpaß -, umgebildet, der auch zur Durchführung der Demontage der alten Anlagen vorgesehen ist. Viertens wird das Schichtpersonal in andere, benachbarte Betriebe umgesetzt. Fünftens werden mittelständische Industriebetriebe angesiedelt. Dazu gibt es mit Unterstützung des Landes Nordrhein-Westfalen Studiengruppen, die 'ort im Territorium arbeiten und die Aufgabe haben, Projekte zur Ansiedlung von Industrie sowie für die Umweltsanierung vorzulegen.

Zur Sicherung des kontrollierten Produktionsrückganges der Schwelerei Espenhain wurden im übrigen für das Jahr 1990 beim Minister für Finanzen 275 Mio M als Stützung beantragt.

Was den Rückgang der Braunkohleförderung betrifft, so wird diese Umstellung durch die Kleinf Feuerungsanlagenverordnung, durch die Gesetze der Luft-Großfeuerungsanlagenverordnung vor allen Dingen in den Jahren 1994, 1995 und 1996 greifen. Damit haben wir für diesen Bereich auch etwas mehr Zeit für Umschulungs- und Arbeitsplatzbeschaffungsmaßnahmen zur Verfügung.

Wir denken, daß frei werdende Arbeitskräfte bevorzugt für die sicherheitstechnische Sanierung und auch für die Gestaltung der Tagebaurestlöcher und -restflächen, für die Wiederbarmachung der Tagebauoberflächen und für die Gestaltung dieser Flächen zum Zwecke einer weiteren eventuellen Industrienutzung eingesetzt werden können. Wir denken auch, daß eine Nachfolgeindustrie gerade an diesen Standorten ein unbedingtes Erfordernis ist, dem in gemeinsamer Verantwortung der Länder und der Kommunen mit finanzieller Hilfe des Staates lechnung getragen werden muß.

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Gestatten Sie noch eine Anfrage?

(Prof. Dr. Steinberg: Ja.)

Dr. Manhenke (SPD):

Herr Minister! Mir wurde gerade aus diesem Bereich in Borna gesagt, daß Sie als Vertreter der vorigen Regierung Gelegenheit hatten, dort Zusagen zu machen, sich in letzter Zeit aber nicht mehr haben dort sehen lassen. Ich freue mich, daß Sie hier diese Angaben machen. Im Moment ist das aber noch nicht dort angekommen.

Prof. Dr. Steinberg, Minister für Umwelt, Naturschutz, Energie und Reaktorsicherheit:

Ich hoffe, es war heute eine gute Gelegenheit, den Bürgern in diesem Territorium erneut eine Hoffnung zu geben. Ich muß allerdings sagen: Wenn ich in alle diese Standorte auch wirklich

persönlich gehen wollte, dann könnte ich hier nicht ständig in Fragestunden antworten. Es ist kein inhaltlicher Hintergrund, es ist einfach organisatorisch unmöglich.

(Dr. Manhenke, SPD: War ein Vertreter Ihres Ministeriums jetzt am Montag dort anwesend?)

Herr Dr. Pautz war gestern dort anwesend.

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Ich rufe nun die Frage Nr. 53 auf und bitte Herrn Abgeordneten Manisch von der Fraktion DBD/DFD, seine Frage zu stellen.

Marusch (DBD/DFD):

Herr Minister, welche gesetzliche Regelung und Kontrolle der vom Bergbau in Anspruch zu nehmenden Ländereien ist in Vorbereitung? Dabei meine ich Übergabe von rekultivierten Kippenflächen mit festgelegten Qualitätsparametern für die Land- und Forstwirtschaft, Schaffung von Windschutzstreifen, Biotopen, von nutzbaren Gewässern und andere ökologische Maßnahmen im Bergbaubereich. Welche Dörfer und Ortsteile müssen unumgänglich noch devastiert werden?

Prof. Dr. Steinberg, Minister für Umwelt, Naturschutz, Energie und Reaktorsicherheit:

Wir sind zu der Auffassung gekommen, auch in Beratungen mit den Experten des Bundeswirtschaftsministeriums, daß wir das Berggesetz der Bundesrepublik übernehmen sollten. Darin ist auch das Problem der Grundabtretung, also Inanspruchnahme von Grund und Boden, für den Bergbau umfassend geregelt. Wir bereiten gegenwärtig auf Teilgebieten Anpassungsregelungen vor, wobei die unterschiedlichen Ausgangspunkte berücksichtigt werden müssen. Das betrifft unter anderem auch diese Wiedernutzbarmachung der Bergbaufolgelandschaften. Grundsätzlich muß man aber sagen, daß das Bundesrecht die konkreten Regelungen in die Verantwortung der Länder gibt. Für die Braunkohle gilt aber auch dann die Regelung, daß im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens Umweltverträglichkeitsprüfungen vorgenommen werden, die auch die Wiedernutzbarmachung zum Inhalt haben. Es wird an einem Modell gearbeitet, das sich stark auf das entsprechende Landesplanungsgesetz Nordrhein-Westfalens orientiert. Dort gibt es ja die größten Braunkohletagebaue in der Bundesrepublik. Der Bergbau ist voll verantwortlich nach diesen Regelungen für die Gestaltung der Folgelandschaft. Das heißt, also auch hier wird das Verursacherprinzip angewandt.

Wir haben mit den Grundlinien unserer Energiepolitik unter Beachtung der ökologischen Akzeptanz auch neu untersucht, welche Ortschaften und Ortsteile noch zu überbaggern sein werden. Ursprünglich war durch die vorhergehenden Regierungen vorgesehen, bis zum Jahre 2000 8 600 Wohnungseinheiten durch diese Devastierung in Anspruch zu nehmen; das waren 56 Orte und Ortsteile. Das neue Konzept sagt nach dem Stand von gestern abend: 2 600 WE brauchen wir nur noch in Anspruch zu nehmen, und es werden etwa 15 bis 20 Orte bzw. Ortsteile sein. Namentlich kann ich Ihnen das natürlich nicht in dieser Beantwortung auflisten.

Vielleicht noch folgenden Satz: Nach dem neuen Entschädigungsgesetz - und das halte ich für sehr wesentlich - erhalten die Bürger dann eine volle Entschädigung, und der Aufbau überbaggerter Dörfer erfolgt komplex an einer neuen Stelle.

(Beifall bei CDU/DA)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Ich rufe nun die Frage 46 auf und bitte den Abgeordneten, Herrn Weis von der SPD, seine Frage zu stellen.